

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen der letzten Plenartage der 17. Legislaturperiode geben. Dabei informiere ich Sie über die aktuelle Situation in Deutschland drei Wochen vor der Bundestagswahl, sowie über die beiden vorgestellten Abschlussberichte des 2. Untersuchungsausschusses zur „Terrorgruppe NSU“ und zum „Entwicklungsvorhaben EURO HAWK“. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Situation in Deutschland
2. Abschlussbericht des 2. UA
„Terrorgruppe NSU“
3. Abschlussbericht des 2. UA
im Verteidigungsausschuss
zum „Entwicklungsvorhaben
EURO HAWK“
4. Relevantes aus Mannheim
und der Region





1. Situation in Deutschland

Eineinhalb Wochen vor der Bundestagswahl am 22. September bestätigen Umfragen und Wirtschaftsdaten die erfolgreiche Politik der christlich-liberalen Koalition. Viele Erfolge wurden seit Beginn der Legislaturperiode erreicht:

- Die verfügbaren Einkommen der Menschen sind insgesamt um rund 11 % gestiegen.
- Die Erwerbstätigkeit bewegt sich mit fast 42 Millionen auf historisch hohem Niveau. Dabei ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Plus von 1,9 Millionen in dieser Wahlperiode noch stärker gestiegen als die Erwerbstätigkeit insgesamt.
- Die Langzeitarbeitslosigkeit ist zwischen 2008 und 2012 um 22 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen.
- Der Bund hält die Schuldenregel ebenso wie die europäischen Fiskalregeln und internationalen Konsolidierungsziele mit deutlichem Abstand ein, und zwar trotz der 8 Milliarden Euro Sonderbelastung durch das schwere Hochwasser in diesem Sommer.
- Die Nettokreditaufnahme fällt 2014 auf den niedrigsten Wert seit 40 Jahren. Ab 2015 kann der Bund erstmals seit 1969 Schulden abbauen.
- Die Subventionsquote liegt auf dem niedrigsten Niveau seit fast zwei Jahrzehnten.
- Der Bund entlastet die Kommunen allein in den Jahren 2012 bis 2016 um fast 20 Milliarden Euro.
- Seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs gibt es in ganz Deutschland auch dank der tatkräftigen Hilfe des Bundes ca. 810.000 Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen. Das sind mehr Plätze als Länder und Kommunen zuvor an Bedarf ermittelt haben. Seit August können Eltern überdies Betreuungsgeld erhalten.
- In der gesetzlichen Rentenversicherung konnten 2012 und 2013 erstmals seit 2001 Beitragssatzsenkungen von insgesamt einem Prozentpunkt vorgenommen werden. Das entlastet Arbeitnehmer und Unternehmen um insgesamt 9 Milliarden Euro.

Das deutsche Beispiel wirkt sich positiv auf Europa aus. Die europäische Wirtschaft wächst wieder. Die Euro-Hilfsprogramme greifen, die Reformländer machen deutliche Fortschritte. Die christlich-liberale Koalition will diese Bemühungen in den kommenden vier Jahren weiter fortsetzen. Wir wollen eine stabile Währung mit Hilfen nur bei Gegenleistungen. Wir wollen mehr Rente für Mütter, mehr Wahlfreiheit für Familien. Wir wollen einen neuen Anlauf zum Abbau der kalten Progression und keine neuen Steuern. Wir wollen die Energiewende vorantreiben und aus dem Subventionskreislauf ausbrechen – Strom muss umweltfreundlich, sicher und bezahlbar sein. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur auf Vordermann bringen, Mieten bezahlbar halten und Stadt und Land modern entwickeln. Wir wollen, dass die Menschen zu Hause und auf unseren Straßen und Plätzen sicher leben können. Wir wollen eine starke Wirtschaft, gesunde Betriebe, sichere Arbeit und gute Löhne. Es ist die falsche Zeit, die Bürgerinnen und Bürger durch Abgaben- und Steuererhöhungen zu belasten, wie es die Oppositionsparteien planen.



2. Abschlussbericht des 2. UA „Terrorgruppe NSU“

Am Montag wurde im Plenum der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ debattiert. Der Untersuchungsausschuss spricht insgesamt 47 konkrete Empfehlungen für Änderungen und Reformen in den Bereichen der Polizei, der Justiz und der Verfassungsschutzbehörden aus, um zukünftig den Rechtsterrorismus in Deutschland wirksamer zu bekämpfen. Diese Empfehlungen wurden einvernehmlich mit den Stimmen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen beschlossen. Ein solcher einvernehmlich erstellter Abschlussbericht ist einmalig in der Geschichte des Deutschen Bundestages und zeigt, wie ernst dieses Thema von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages genommen wird.

Der Untersuchungsausschuss hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Ereignisse und Hintergründe der erschreckenden Serie von Morden und Anschlägen der Terrorgruppe aufzuklären. Daraus konnten Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden gezogen werden. Mit den bereits eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen wie der Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus, der Rechtsextremismusdatei, der Reform des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Prävention haben Parlament und Bundesregierung schon jetzt Konsequenzen aus der schrecklichen Terrorserie gezogen.

Weitere Maßnahmen werden eine wesentliche Aufgabe der nächsten Wahlperiode sein, denen das einvernehmliche Votum des Untersuchungsausschusses bedeutsame Schlagkraft gibt. Es unterstreicht die gemeinsame Verantwortung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Form von Extremismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zu bekämpfen.

3. Abschlussbericht des 2. UA im Verteidigungsausschuss zum „Entwicklungsvorhaben EURO HAWK“

Im Rahmen der Haushaltswoche wurde mit dem Abschlussbericht des 2. UA im Verteidigungsausschuss zum „Entwicklungsvorhaben EURO HAWK“ ein weiterer wichtiger Bericht diskutiert. Darin wurde festgestellt, dass es richtig war, die Erprobung des Euro Hawk zu Ende zu führen, ihn aber nicht zu beschaffen. Dadurch wurden 600 Millionen Euro eingespart. Sie stehen für ein anderes Trägersystem zur Verfügung, über das der neue Bundestag Anfang des Jahres 2014 entscheiden wird. Eingespart wurden zudem rund 600 Millionen Euro, die die Zulassung des Euro Hawk gekostet hätte. Gleichzeitig wissen wir jetzt, dass unser deutsches Aufklärungssystem ISIS funktioniert und in das noch zu beschaffende Trägerluftfahrzeug eingebaut werden kann.

Auch die von der Opposition erhobenen Vorwürfe, Minister de Maizière habe sich in Widersprüche verstrickt, sind widerlegt. Der Minister hat wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Zum 1. Januar 2013 brachte er ein neues Beschaffungsverfahren (CPM) auf den Weg. Es gibt jetzt ein verbessertes Projekt-Controlling und Status-Mitteilungen an den Haushaltsausschuss und an den Verteidigungsausschuss. Weiterhin hat der Minister die Harmonisierung des Zulassungswesens in der EU vorangetrieben.



Die vorvertraglichen Verhandlungen zum Euro Hawk in der Zeit 2006 und davor hat der Bundesrechnungshof als „blauäugig“ bezeichnet. Die wesentliche Verantwortung dafür trug die rot-grüne Regierung Schröder-Fischer. Um derartige Risiken bei internationalen Beschaffungsvorhaben zu reduzieren, haben die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen im Ausschuss dazu geraten, dass bei künftigen internationalen Beschaffungsvorhaben externer Rat eingeholt werden soll.

4. Neues aus Mannheim und der Region

Haushaltsausschuss des Bundestages stimmt Verkauf der Taylor-Kaserne zu

Die Taylor-Kaserne in Mannheim-Vogelstang wird von der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) an die MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH (MWSP) verkauft. Nachdem der Kaufvertrag zwischen BImA und MWSP bereits im Juli unterzeichnet wurde, hat nun der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages dem Verkauf seine erforderliche Zustimmung erteilt. Dies teilte der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Norbert Brackmann MdB, mir mit. 12 Millionen Euro ist der Kaufpreis für das 46 Hektar große Gelände. Das Konzept, dort auf 32 Hektar sowohl kleinteiliges als auch großflächiges Gewerbe anzusiedeln, findet meine volle Unterstützung. Denn die Stadt Mannheim muss Gewerbetreibenden dringend gut angeschlossene Gewerbeflächen anbieten, um dadurch das Abwandern von Unternehmen trotz der erhöhten Gewerbesteuer zu stoppen. Der restliche Teil der Fläche soll aus einem etwa 10 Hektar großen Grünstreifen bestehen. Zusätzlich ist die Ansiedlung einer Europäischen Schule geplant. Dies macht Mannheim als Bildungsstadt interessanter. Eine internationale Privatschule ist nicht nur für die vielen ausländischen Mitbürger interessant, sondern auch für viele Mannheimerinnen und Mannheimer.

Besuch bei ad laborem

Ich habe die ad laborem gGmbH der Caritas in Mannheim-Vogelstang besucht. Der Vorstand des Caritasverbandes Mannheim, Regina Hertlein und Dr. Roman Nitsch sowie der Geschäftsführer der ad laborem gGmbH, Volker Hemmerich und Betriebsleiter Klaus Litwischuh zeigten mir die Produktionshallen des Unternehmens und informierten mich über die aktuelle Situation in den Integrationsbetrieben sowie ihre Arbeit. Das gemeinnützige Unternehmen wurde 1990 gegründet und gehört zum Caritasverband Mannheim. Die ad laborem gGmbH bietet Leistungen im Bereich Logistik, Verpackung, Fertigung, Transport und Versand. Das Unternehmen bietet eine Brückenfunktion hin in den allgemeinen Arbeitsmarkt sowie marktorientierte Arbeit und Qualifizierung. Langzeitarbeitslose, Behinderte und psychisch erkrankte Menschen sowie schwer Vermittelbare finden in der ad laborem gGmbH eine Beschäftigung. Die Arbeit der ad laborem gGmbH finde ich überaus wichtig. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Debatte zur Gestaltung des Arbeitsmarktes und die Beschäftigungsförderung liefert die ad laborem gGmbH ein erfolgreiches Beispiel, wie Integration gelingen kann.



Bild (von links nach rechts): Volker Hemmerich, Egon Jüttner, Regina Hertlein, Klaus Litwischuh und Roman Nitsch in der Produktionshalle

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de